

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 17.-20. Oktober 2022 Straßburg

Krieg in der Ukraine: Soziale Folgen, Migration und Solidarität im Kulturbereich

Die Abgeordneten erörtern die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die Einführung einer Übergewinnsteuer, Migrationsströme in die EU und die Zerstörung des kulturellen Erbes.

4

Prioritäten des EU-Gipfels im Oktober

In einer Debatte mit der Kommission und der tschechischen Ratspräsidentschaft am Mittwochmorgen werden die Abgeordneten ihre Erwartungen an den EU-Gipfel am 20. und 21. Oktober darlegen.

6

Besserer Schutz für kritische Infrastrukturen der EU

Angesichts der angespannten geopolitischen Lage will das Parlament die Kommission auffordern, ihre Pläne für einen besseren Schutz der EU-Infrastruktur zu erläutern.

7

Klimawandel: Mehr Ehrgeiz im Vorfeld der COP27 erforderlich

Die Abgeordneten wollen alle Länder auffordern, ihre Klimaziele für 2030 vor der COP27 in Ägypten zu erhöhen, um die Erderwärmung im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris zu begrenzen.

8

Slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová spricht vor dem Plenum

Am Mittwoch um 11:30 Uhr wird Zuzana Čaputová, Präsidentin der Slowakischen Republik, in einer feierlichen Sitzung zu den Europaabgeordneten sprechen.

10

Parlament will Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe fordern

Als Beitrag zur angestrebten EU-Klimaneutralität fordern die Abgeordneten, dass alle 60 km Ladestationen für Pkw eingerichtet und die Treibhausgasemissionen von Schiffen begrenzt werden. 11

EU-Haushalt 2023: Abstimmung über EP-Position vor Verhandlungen mit dem Rat

Das Parlament wird am Mittwoch über einen EU-Haushalt abstimmen, der den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie Rechnung trägt. 13

Politische Prioritäten der Kommission für 2023

Debatte am Dienstagnachmittag über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das nächste Jahr. 14

Frontex: EU-Grenzschutzagentur vor endgültiger Entscheidung über Haushalt 2020

Das Parlament wird darüber abstimmen, ob es die Haushaltsführung der Europäischen Grenz- und Küstenwache, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Rates billigt. 15

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 16

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2022-10-17>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 17.-20. Oktober 2022 - Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/en/agendas.html>

[Live-Übertragung der Plenartagung \(EbS+\)](#)

[Multimedia-Center](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)

[EP-Newshub](#)

[EU-Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

☎ (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Press Officer / Editorial Coordinator

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72336 (STR)

☎ (+32) 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+49) 177 323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@ep.europa.eu

Maren HÄUSSERMANN

Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 17217

☎ (+43) 660 4444 330

✉ maren.haeussermann@europarl.europa.eu

Krieg in der Ukraine: Soziale Folgen, Migration und Solidarität im Kulturbereich

Die Abgeordneten erörtern die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die Einführung einer Übergewinnsteuer, Migrationsströme in die EU und die Zerstörung des kulturellen Erbes.

Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine und die Einführung einer Übergewinnsteuer

Am Dienstagmorgen werden die Abgeordneten von Rat und Kommission erfahren, was unternommen wird, um die Energiekosten niedrig zu halten und den EU-Bürgern zu helfen, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine zu bewältigen. In einer [am 5. Oktober angenommenen EntschlieÙung](#) fordert das Parlament, dass sich die EU auf die schutzbedürftigsten Menschen konzentrieren soll, und spricht sich für zusätzliche Notmaßnahmen aus, um den Druck der rasch steigenden Energiepreise auf die europäischen Haushalte und Unternehmen zu verringern.

Die Abgeordneten werden auch darüber diskutieren, wie die Idee der Besteuerung von Zufallsgewinnen am besten umgesetzt werden kann, um die Krise im Zusammenhang mit den Lebenshaltungskosten zu bekämpfen. Die Kommission hat bereits ihre Pläne für eine solche befristete Abgabe, die als Solidaritätssteuer bezeichnet wird, dargelegt. Das Parlament hat schon im Mai und dann erneut im Juli während der Plenardebatten eine solche Steuer gefordert. Die Forderung wurde auch in eine [im Mai angenommene EntschlieÙung](#) aufgenommen.

Auswirkungen der russischen Invasion in die Ukraine auf die Migrationsströme in die EU

In einer weiteren Debatte am Nachmittag mit Rat und Kommission wollen die Abgeordneten die Auswirkungen des Krieges auf die Migrationsströme in die EU diskutieren. Die Aggression Russlands hat [Millionen](#) von Menschen - vor allem [Frauen](#) und [Kinder](#) - in die Flucht getrieben.

Im Juni stimmten die Abgeordneten einem [EU-Hilfspaket](#) zu, das die Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen soll. Eine [Delegation des Parlaments besuchte kürzlich die Grenzregionen zur Ukraine in Polen und Rumänien](#), um sich aus erster Hand über die dortige Flüchtlingssituation zu informieren. Um ukrainische Flüchtlinge zu unterstützen, hat die EU den [vorübergehenden Schutzstatus aktiviert](#) und die Europäische Kommission hat einen [10-Punkte-Plan](#) vorgelegt, um die [Reaktion der EU](#) zu koordinieren. Derzeit haben sich [mehr als vier Millionen Menschen in den EU-Mitgliedstaaten für den vorübergehenden Schutz](#) registriert. Dieser Status soll automatisch bis mindestens März 2024 verlängert werden.

Solidarität mit der Ukraine im Kulturbereich

In einer EntschlieÙung zur Solidarität mit der Ukraine im Kulturbereich, über die am Donnerstag abgestimmt werden soll, betonen die Abgeordneten, dass die russischen Versuche, die ukrainische Identität und Kultur auszulöschen, auch durch die Zerstörung von [Kulturerbestätten](#), ein Kriegsverbrechen im Sinne der Haager Konvention darstellen.

Sie fordern, dass die Ukraine dringend bei der Dokumentation dieser Angriffe unterstützt wird, und fordern die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die dringenden Bedürfnisse des Kultursektors und des kulturellen Erbes in die humanitäre Unterstützung der EU für die Ukraine einzubeziehen.

Am Donnerstagnachmittag werden die Abgeordneten auch die Unterstützung der EU für die ukrainische Forschungsgemeinschaft diskutieren.

Debatten: Dienstag, 18. Oktober, Donnerstag, 20. Oktober

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission, mündliche Anfrage mit EntschlieÙung (Kulturerbe)

Weitere Informationen

[Pressemitteilung - „Energiepreise: EU-Fokus muss auf schutzbedürftigsten Menschen liegen“](#)

[„Ukraine: EU muss alle Kinder schützen, die vor dem Krieg fliehen“ \(Pressemitteilung vom 7.4.2022\)](#)

[„Stand with Ukraine“-Webseite \(auf Englisch\)](#)

[Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Prioritäten des EU-Gipfels im Oktober

In einer Debatte mit der Kommission und der tschechischen Ratspräsidentschaft am Mittwochmorgen werden die Abgeordneten ihre Erwartungen an den EU-Gipfel am 20. und 21. Oktober darlegen.

Während ihres Treffens in Brüssel werden sich die Staats- und Regierungschefs auf die neuesten Entwicklungen im Krieg Russlands gegen die Ukraine, die weitere Unterstützung der EU für die Ukraine und Notmaßnahmen im Energiebereich konzentrieren.

Am 6. Oktober verabschiedete das Parlament eine Entschließung, in der eine massive Aufstockung der Militärhilfe für die Ukraine, zusätzliche und strenge Sanktionen gegen Russland sowie die Einrichtung eines internationalen Ad-hoc-Strafgerichtshofs für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine zur Verfolgung russischer Verantwortlicher gefordert wird. Zum Thema Energie forderten die Abgeordneten am 5. Oktober eine Preisobergrenze für die Einfuhr von Pipeline-Gas, weitere Schritte zur Einführung einer Steuer auf Zufallsgewinne sowie ein sofortiges und vollständiges Embargo gegen Einfuhren von Öl, Kohle, Kernbrennstoff und Gas aus Russland.

Die Staats- und Regierungschefs werden auch wirtschaftliche und weitere außenpolitische Fragen erörtern.

Aussprache: Mittwoch, 19. Oktober

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte

Weitere Informationen

[Entschließung vom 5. Oktober 2022 zur Reaktion der EU auf die steigenden Energiepreise in Europa](#)

[EP-Multimedia-Center: kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Besserer Schutz für kritische Infrastrukturen der EU

Angesichts der angespannten geopolitischen Lage will das Parlament die Kommission auffordern, ihre Pläne für einen besseren Schutz der EU-Infrastruktur zu erläutern.

Am Dienstagnachmittag werden die Abgeordneten den Vizepräsidenten der EU-Kommission Margaritis Schinas bitten, detailliert zu erläutern, wie die wesentliche Infrastruktur der EU besser vor Angriffen, auch hybriden Angriffen, geschützt werden kann.

Nach der Beschädigung der Gas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 erklärte der EU-Außenbeauftragte [Josep Borrell](#), dass die Lecks „das Ergebnis einer vorsätzlichen Handlung“ sind, was Bedenken hinsichtlich der allgemeinen Sicherheit der kritischen Infrastruktur der EU aufkommen lasse. Kommissionspräsidentin [Ursula von der Leyen](#) erläuterte am 5. Oktober vor den Abgeordneten den Plan der Kommission, die Infrastruktur angesichts der mutmaßlichen Sabotage der Pipelines widerstandsfähiger zu machen.

Hintergrund

Anfang des Jahres haben sich Parlament und Rat auf [neue Regeln zum besseren Schutz kritischer Infrastrukturen in der EU](#) geeinigt. Parallel dazu haben sich die Mitgesetzgeber auch auf Maßnahmen zur [Verbesserung der Cybersicherheit und der Widerstandsfähigkeit](#) geeinigt. Das Parlament wird im Herbst über beide Gesetzesvorschläge abstimmen.

Aussprache: Dienstag, 18. Oktober

Verfahren: Fragestunde mit der Kommission

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: Widerstandsfähigkeit von kritischen Einrichtungen](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten: NIS2](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Verbesserung der Widerstandsfähigkeit von kritischen Einrichtungen“ \(Februar 2021, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „The NIS2 Directive: A high common level of cybersecurity in the EU“ \(auf Englisch\)](#)

Klimawandel: Mehr Ehrgeiz im Vorfeld der COP27 erforderlich

Die Abgeordneten wollen alle Länder auffordern, ihre Klimaziele für 2030 vor der COP27 in Ägypten zu erhöhen, um die Erderwärmung im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris zu begrenzen.

Die Welt steuert auf einen Temperaturanstieg von 2,7°C zu und liegt damit weit über den Zielen des [Übereinkommens von Paris](#), die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen und 1,5°C anzustreben. Im Vorfeld der [Klimaschutzkonferenz 2022 der Vereinten Nationen \(COP27\)](#), die vom 6. bis 18. November in Scharm El-Scheich (Ägypten) stattfindet, werden die Abgeordneten die EU und alle G20-Staaten auffordern, Führungsstärke zu zeigen und sich zu ehrgeizigeren Treibhausgasminderungszielen zu verpflichten.

Die Debatte über die COP27 findet am Dienstag statt, und die Abgeordneten werden am Mittwoch über eine Resolution abstimmen.

Hintergrund

Das Parlament hat sich für verschärfte EU-Rechtsvorschriften in den Bereichen Klima und biologische Vielfalt eingesetzt und am 28. November 2019 den [Klimanotstand ausgerufen](#). Im Juni 2021 verabschiedete das Parlament das [EU-Klimagesetz](#), das die im „[Europäischen Grünen Deal](#)“ verankerte Verpflichtung zur Klimaneutralität der EU bis 2050 in eine verbindliche Aufgabe für die EU und die Mitgliedsstaaten umwandelt. Außerdem wird das EU-Ziel für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 von 40 % auf mindestens 55 % im Vergleich zu 1990 erhöht. Das Parlament verhandelt derzeit mit den Mitgliedstaaten über das "[Fit for 55](#)"-Paket, um die EU in die Lage zu versetzen, das ehrgeizigere 2030-Ziel zu erreichen.

Aussprache: Montag, 17. Oktober 2022

Abstimmung: Donnerstag, 20. Oktober 2022

Verfahren: Entschlüsse zu aktuellen Themen

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Studie zur COP27](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „COP26 climate change conference: Outcomes“ \(22.11.2021, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Understanding Loss and Damage: Addressing the unavoidable impacts of climate change“ \(13.07.2022, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - "Fit-for-55-Paket" \(03.06.2022, auf Englisch\)](#)

[Website zur COP27](#)

[Multimedia-Paket zur COP27](#)

Slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová spricht vor dem Plenum

Am Mittwoch um 11:30 Uhr wird Zuzana Čaputová, Präsidentin der Slowakischen Republik, in einer feierlichen Sitzung zu den Europaabgeordneten sprechen.

Präsidentin Čaputová wird als erstes Staatsoberhaupt eines EU-Mitgliedsstaates mit Grenze zur Ukraine seit Beginn des russischen Krieges gegen das Land vor dem Parlament sprechen. Sie wird voraussichtlich zur Wahrung der Einheit und Solidarität der EU in Krisenzeiten und der europäischen Werte aufrufen.

Zuzana Čaputová wurde im Juni 2019 die jüngste Person und erste Frau im Präsidentenamt. Zuvor arbeitete sie als Anwältin und Aktivistin im öffentlichen Interesse, bevor sie 2018 stellvertretende Vorsitzende der liberalen Partei „Progressive Slowakei“ wurde.

Eine Pressekonferenz der Präsidentinnen Metsola und Čaputová ist um 12:00 Uhr im Pressekonferenzsaal Daphne Caruana Galizia des Parlaments geplant (*noch nicht bestätigt*).

Aussprache: Mittwoch, 19. Oktober um 11.30 Uhr

Verfahren: Feierliche Sitzung

Pressekonferenz: Mittwoch, 19. Oktober um 12.00 Uhr (noch nicht bestätigt)

Weitere Informationen

[Biografie von Zuzana Čaputová](#)

Parlament will Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe fordern

Als Beitrag zur angestrebten EU-Klimaneutralität fordern die Abgeordneten, dass alle 60 km Ladestationen für Pkw eingerichtet und die Treibhausgasemissionen von Schiffen begrenzt werden.

Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über ihre Verhandlungsposition für die Gespräche mit den EU-Mitgliedstaaten über neue Regeln für die EU-Infrastruktur für alternative Kraftstoffe ab. Die Abgeordneten fordern, dass bis 2026 mindestens alle 60 km an den Hauptverkehrsstraßen der EU Ladestationen für Elektroautos und bis 2028 alle 100 km Wasserstofftankstellen vorhanden sein müssen. Die Abgeordneten fügen hinzu, dass die Ladestationen für alle zugänglich sein müssen, unabhängig von der Marke des Fahrzeugs.

Am gleichen Tag wird das Parlament auch seine Verhandlungsposition zu neuen Regeln für die Verwendung erneuerbarer und CO₂-armer Kraftstoffe im Seeverkehr annehmen. Die Abgeordneten wollen nachhaltige Kraftstoffe für den Seeverkehr fördern, indem sie Anforderungen für Schiffe einführen, die in EU-Häfen einlaufen oder aus ihnen auslaufen. Der Seeverkehrssektor soll seine Treibhausgasemissionen ab 2025 um 2 %, ab 2035 um 20 % und ab 2050 um 80 % reduzieren (die Kommission hatte eine Verringerung um 13 % und 75 % vorgeschlagen).

Die Debatten werden am Montagabend stattfinden. Eine Pressekonferenz mit den EP-Berichterstattem ist für Mittwoch um 15:00 Uhr geplant.

Aussprache: Montag, 17. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, 19. Oktober

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung

Pressekonferenz: Mittwoch, 19. Oktober, 15.00 Uhr

Weitere Informationen

[Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss \(03.10.2022, auf Englisch\)](#)

[Entwurf eines Berichts über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe](#)

[Entwurf eines Berichts über Verwendung erneuerbarer und CO2-armer Kraftstoffe im Seeverkehr](#)

[Berichtersteller zum Thema Infrastruktur für alternative Kraftstoffe Ismail Ertug \(S&D, DE\)](#)

[Berichtersteller zum Thema "Nachhaltige Kraftstoffe für den Seeverkehr" Jörgen Warborn \(EVP, SE\)](#)

[Überblick des EP-Forschungsdienstes über die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe \(März 2022, auf Englisch\)](#)

[Überblick des EP-Forschungsdienstes über nachhaltige maritime Kraftstoffe \(April 2022, auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten über die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe \(AFIR\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten über nachhaltige Kraftstoffe für den Seeverkehr \(FuelEU Maritime\)](#)

EU-Haushalt 2023: Abstimmung über EP-Position vor Verhandlungen mit dem Rat

Das Parlament wird am Mittwoch über einen EU-Haushalt abstimmen, der den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und der wirtschaftlichen Erholung nach der Pandemie Rechnung trägt.

In ihrem [Standpunkt](#), der am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung steht, schlagen die Abgeordneten des Haushaltsausschusses vor, den EU-Haushalt für das kommende Jahr auf insgesamt 187,3 Mrd. Euro an Verpflichtungsermächtigungen aufzustocken. Das sind 1,7 Mrd. Euro mehr als im Juni vorgestellten [Haushaltsentwurf der Kommission](#). Die Abgeordneten fordern mehr Geld für Programme und politische Maßnahmen, die sie als entscheidend für die Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine und der Energiekrise erachten, sowie einen Beitrag zur Erholung nach der Pandemie und zur Verstärkung der Bemühungen um einen grünen und digitalen Wandel in Europa.

Einzelheiten zum Standpunkt des Haushaltsausschusses finden Sie in der [Pressemitteilung zur Abstimmung über die Haushaltszahlen](#) (3. Oktober) und zur entsprechenden [Entschließung](#) (10. Oktober).

[Zeitplan für den EU-Haushalt 2023 und Links zu allen Dokumenten hier](#)

Nächste Schritte

Die Abstimmung im Plenum ist der Auftakt zu dreiwöchigen „Vermittlungsgesprächen“ mit dem Rat, die darauf abzielen, rechtzeitig eine Einigung zu erzielen, damit der Haushalt für das kommende Jahr vom Parlament verabschiedet und von der Präsidentin des Europäischen Parlaments vor Ende 2022 unterzeichnet werden kann.

Aussprache: Dienstag, 18. Oktober

Abstimmung: Mittwoch, 19. Oktober

Verfahren: Haushaltsverfahren

Politische Prioritäten der Kommission für 2023

Debatte am Dienstagnachmittag über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das nächste Jahr.

Im Anschluss an die [Debatte zur Lage der Europäischen Union](#) am 14. September wird die Kommission den Abgeordneten ihren Arbeitsplan für 2023 vorstellen. Darin wird sie u.a. erläutern, wie sie die Ukraine weiterhin in ihrem Krieg gegen Russland unterstützen wird, wie sie mit den steigenden Energiepreisen und Lebenshaltungskosten umgehen will und wie sie die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie fördern will. Die Bekämpfung des Klimawandels, der grüne und digitale Wandel der europäischen Wirtschaft, die Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der EU-Demokratien vor ausländischer Einflussnahme sind ebenfalls wichtige politische Prioritäten für die Kommission im Jahr 2023.

In einer [Absichtserklärung](#), die im Vorfeld der SOTEU-Debatte an die Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola geschickt wurde, fasste Kommissionspräsidentin von der Leyen die wichtigsten Bereiche zusammen, zu denen die Kommission im nächsten Jahr Gesetzesvorschläge vorlegen wird.

Debatte: Dienstag, 18. Oktober

Verfahren: Erklärungen der EU-Kommission mit anschließender Debatte

Frontex: EU-Grenzschutzagentur vor endgültiger Entscheidung über Haushalt 2020

Das Parlament wird darüber abstimmen, ob es die Haushaltsführung der Europäischen Grenz- und Küstenwache, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Rates billigt.

Nachdem die Abgeordneten die sogenannte „Entlastung“ der Frontex-Konten [im Mai zunächst verschoben](#) hatten, werden sie nun ein zweites und endgültiges Votum über die Verwaltung der EU-Mittel durch die Agentur abgeben.

Am 6. Oktober [empfohl der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments in einer knappen Abstimmung](#), dem Parlament die Entlastung für die Frontex-Buchführung zu verweigern, und verwies dabei auf schwerwiegende Verfehlungen des früheren Exekutivdirektors der Agentur sowie auf mögliche strukturelle Probleme. Am selben Tag empfahl der Ausschuss, den Jahresabschluss des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses abzuzeichnen und dem Rat die Entlastung zu verweigern.

Abstimmung: Dienstag, 18. Oktober

Verfahren: Entlastung

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(06.10.2022, auf Englisch\)](#)

[Entwurf des zweiten Berichts über die Entlastung für den Europäischen Rat und den Rat](#)

[Entwurf des zweiten Berichts über die Entlastung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses](#)

[Entwurf des zweiten Berichts über die Entlastung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache](#)

[Profil des Berichterstatters Tomáš ZDECHOVSKÝ \(EVP,CZ\) - Frontex](#)

[Profil der Berichterstatterin Isabel García Muñoz \(S&D, ES\)](#)

[Fragen & Antworten zum Entlastungsverfahren](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

[EU-Hintergrundinformationen zu ausgewählten Plenarthemen](#)

Der Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum Schengen-Raum - *Entschließungsanträge - Debatten 5. und 18. Oktober, Abstimmung Donnerstag, 20. Oktober*

Rechtsstaatlichkeit in Malta fünf Jahre nach der Ermordung von Daphne Caruana Galizia - *Erklärungen des Rates und der Kommission, Debatte Montag, Abstimmung Donnerstag*

Weltweite Ernährungssicherheit - *Erklärungen des Rates und der Kommission, Debatte Mittwoch*

Lage in Burkina Faso nach dem Staatsstreich - *Entschließungsanträge, Debatte 4. Oktober, Abstimmung Donnerstag*

Rolle von Belarus im russischen Krieg gegen die Ukraine - *Erklärungen der Kommission, Debatte Mittwoch*

Beziehungen EU - Westlicher Balkan - *Erklärungen der Kommission, Debatte Mittwoch*

Politische Lage in Tunesien - *Erklärung des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Debatte Mittwoch*

Ergebnisse der ersten Tagung der Europäischen Politischen Gemeinschaft in Prag - *Debatte Mittwoch*

Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten - *Nichtlegislative Entschließung, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*

Forderung nach einer Strategie für vermisste gefährdete Personen und Kinder - *Erklärungen der Kommission, Debatte Dienstag*

Geistige Gesundheit - *Erklärungen des Rates und der Kommission, Debatte Dienstag*

Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut - *Erklärungen der Kommission, Debatte Montag*

Durchführungsverordnung zur Festlegung der bestehenden Tiefseefischereigebiete und Erstellung einer Liste der Gebiete, in denen empfindliche marine Ökosysteme bekanntermaßen oder wahrscheinlich vorkommen - *Erklärungen der Kommission, Debatte Donnerstag*

Ernennung eines Mitglieds des Rechnungshofs – *Laima Liucija Andrikiénė - Bericht: Claudiu Manda, Abstimmung Dienstag*

Beschönigung der antieuropäischen extremen Rechten in der EU - *Debatte aus aktuellem Anlass, Mittwoch*

Erläuterung des Jahresberichts 2021 des Rechnungshofs durch seinen Präsidenten Tony Murphy, *Debatte Mittwoch*